

Rodríguez verteidigt Essequibo in Den Haag

Venezuela erkennt Internationales Gericht im Streit mit Guyana zwar nicht an, will aber antikolonialen Hintergrund deutlich machen

Von Volker Hermsdorf

Zum ersten Mal seit der Verschleppung von Venezuelas Staats- und Regierungschef Nicolás Maduro am 3. Januar 2026 durch US-Militärs ist Delcy Rodríguez auf Europabesuch. Venezuelas Interimspräsidentin traf am Sonntag in Den Haag ein, um vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) den Anspruch ihres Landes auf die rohstoffreiche Region Essequibo zu verteidigen. »Es besteht keinerlei Zweifel daran, dass Venezuela der alleinige rechtmäßige Inhaber dieses Gebiets ist«, erklärte Rodríguez nach ihrer Landung am Flughafen Schiphol. Ihre Reise ist Teil einer politischen Offensive, mit der Caracas den jahrhundertealten Territorialkonflikt mit dem Nachbarland Guyana wieder als antikoloniale Frage auf die internationale Tagesordnung setzen will.

Vor dem höchsten Gericht der UNO stehen sich seit Tagen die Delegationen beider Länder gegenüber. Verhandelt wird über die Zukunft eines rund 160.000 Quadratkilometer großen Gebiets westlich des Flusses Essequibo mit enormen Erdöl-, Gold- und Rohstoffvorkommen. Der Ursprung des Streits reicht bis in die Kolonialzeit zurück. Venezuela betrachtet ein Schiedsverfahren aus dem Jahr 1899, das die Grenze zugunsten der britischen Kolonialmacht festlegte und dem damaligen Britisch-Guayana die Rechte an der Region zusprach, bis heute als »betrügerisch«. Die Regierung verweist auf das von Caracas und London kurz vor der Unabhängigkeit Guyanas 1966 unterzeichnete Genfer Abkommen, das die Entscheidung von 1899 für null und nichtig erklärte. Beide Länder verpflichteten sich darin, die gegenseitigen Ansprüche in Verhandlungen zu klären, um eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Der Konflikt galt lange als eingefroren. Doch die Entdeckung gigantischer Offshore-Ölvorkommen durch den US-Konzern Exxon Mobil im Jahr 2015 verschärfte die Auseinandersetzung wieder. Guyana entwickelte sich in wenigen Jahren zu einem der Länder mit den größten Erdölreserven pro Kopf weltweit – und rückte damit schlagartig ins Zentrum geopolitischer Interessen. Mittlerweile geht es um weit mehr als einen Grenzstreit. Als eigentliche Strippenzieher hinter den Kulissen gelten heute Exxon Mobil und das Pentagon, die das Genfer Abkommen faktisch in Frage stellen.

Für Caracas ist der Fall jedoch eindeutig. Außenminister Yván Gil bekräftigte Ende vergangener Woche in Den Haag zunächst, dass Venezuela die Zuständigkeit des IGH nicht anerkenne. Die Teilnahme an den Anhörungen

diene lediglich dazu, »der Welt die historische Wahrheit« zu präsentieren. Denn Essequibo sei bis heute das Symbol einer unter kolonialem Druck erfolgten Enteignung. »Der einzige legitime Mechanismus zur Lösung des Territorialstreits« seien »direkte Verhandlungen ohne Einmischung Dritter auf Basis des Genfer Abkommens von 1966«, erklärte Gil vor dem Gericht. Er warf Guyana vor, direkte Verhandlungen zu sabotieren und gemeinsam mit Exxon Mobil Fakten schaffen zu wollen.

Klar ist, dass hinter den juristischen Argumenten in Den Haag milliardenschwere Interessen multinationaler Energiekonzerne und westlicher Staaten stehen. In Caracas wird die Position der Regierung deshalb als »Verteidigung nationaler Souveränität gegen ausländische Einflussnahme« gesehen. Rodríguez verwies vor ihrer Reise auf die »historische Würde« Venezuelas und erklärte, ein Land messe sich nicht an seiner territorialen Größe, sondern an seiner Fähigkeit, seine Geschichte zu verteidigen. Bei öffentlichen Auftritten trägt sie regelmäßig eine Brosche in Form Venezuelas inklusive Essequibo-Gebiet, das nach einem entsprechenden Referendum im April 2024 gesetzlich als 24. Bundesstaat anerkannt wurde. Guyana protestierte deshalb zuletzt offiziell bei der Karibischen Gemeinschaft Caricom und sprach von einer Provokation. Dass die Übergangspräsidentin überhaupt nach Den Haag reisen konnte, nachdem die EU ihr jahrelang die Einreise verweigert hatte, verdankt sie übrigens nicht der Großzügigkeit des Westens, sondern einer Regelung, wonach Personen, die vor dem IGH aussagen, Schutz genießen.

Auf den ersten Blick wirken ihr Auftritt bei der Anhörung und die venezolanische Position zunächst widersprüchlich, da Caracas einerseits die Zuständigkeit des Gerichts zurückweist und andererseits eine hochrangige Delegation nach Den Haag schickte. Die Strategie dahinter ist jedoch eindeutig: Venezuela will verhindern, dass Guyana den Konflikt als rein juristische Frage darstellt und so die politische Dimension des Streits verschleiern. Rodríguez nutzt die Bühne, um auf dessen koloniale Hintergründe zu verweisen. Ein Urteil des IGH wird in einigen Monaten erwartet. Doch obwohl Entscheidungen des Gerichts formal bindend sind, hat der IGH keine eigenen Möglichkeiten, sie durchzusetzen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/522463.venezuela-rodriguez-verteidigt-essequibo-in-den-haag.html>